

**St. Peters Bote,**  
 die älteste deutsche katholische Zeitung  
 in Canada, erscheint jeden Donnerstag in  
 Muenster, Sask., und kostet bei Voraus-  
 zahlung:  
 In Canada, per Jahrgang \$2.00  
 In Der Staaten u. Ausland, \$2.50  
 Einzelne Nummern 10 Cents.  
 Anzeigen werden berechnet zu  
 1.00 Dollar pro Zoll einseitig für die  
 erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für  
 nachfolgende Einrückungen.  
 Kolonialanzeigen werden zu 20 Cents pro  
 Zeile wöchentlich berechnet.  
 Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00  
 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00  
 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei  
 großen Aufträgen gewährt.  
 Jede nach Ansicht der Herausgeber  
 für eine unrichtige katholische Familien-  
 zeitung unpassende Anzeige wird un-  
 bedingt zurückgewiesen.  
 Man adressiere alle Briefe u.f.w. an  
**ST. PETERS BOTE,**  
 Muenster, Sask., Canada.

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. hien + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. hien + Erzbischofs Langaevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.  
 18 Jahrgang, No. 14. Münster, Sask., Donnerstag den 19. Mai 1921. Fortlaufende No. 898.

**St. Peters Bote,**  
 the oldest Catholic newspaper in  
 Saskatchewan, is published every  
 Thursday at Muenster, Sask. It is  
 an excellent advertising medium.  
 SUBSCRIPTION:  
 \$2.00 per year, payable in advance.  
 \$2.50 to the United States and abroad.  
 Single numbers 10 cents.  
 ADVERTISING RATES:  
 Transient advertising \$1.00 per inch  
 for first insertion, 50 cents per inch  
 for subsequent insertions. Reading  
 Notices 20 cents per count line.  
 Display advertising \$2.00 per inch for  
 4 insertions, \$20.00 per inch for  
 one year. Discount given on large  
 contracts. Legal Notices 12 cts. per  
 space line 1st insertion, 8 cts. later.  
 No advertisement admitted at any  
 price, which the publishers consider  
 unsuited to a Catholic family paper.  
 Address all communications to  
**ST. PETERS BOTE,**  
 Muenster, Sask., Canada.

## Vom Ausland

**Berlin.** Deutschland hat das  
 alliierte Ultimatum am 11. Mai  
 angenommen. Der Reichstag fügte  
 sich mit 221 gegen 175 Stimmen  
 den Forderungen der alliierten  
 Mächte und erklärte hierbei, daß  
 die Bedingungen des Vertrages  
 von Versailles „nach der Fähigkeit  
 der Nation“ erfüllt werden sollen.  
 Dem Zentrumslieferer Dr. Brüch  
 gelang schließlich die Bildung eines  
 neuen Ministeriums, welches aus  
 Zentrumslieferern, Mehrheitssozialisten  
 und Demokraten besteht. Das  
 neue Kabinett beschloß schnell, daß  
 Annahme des Ultimatum der ein-  
 zige Kurs sei. Bei dieser Ankündi-  
 gung an den Reichstag erfuhr der  
 neue Kanzler um eine sofortige  
 Entscheidung und in der folgenden  
 Abstimmung wurde der Stand-  
 punkt der Regierung gebilligt.  
 Das alliierte Ultimatum verlangte  
 eine bestimmte Antwort, Ja oder  
 Nein, und lief am Abend des 12.  
 Mai ab. Die Gesamtsumme, zu  
 deren Zahlung Deutschland aufge-  
 fordert wird, ist 6.750.000.000  
 Pfund Sterling. Die Entwaffnung  
 muß im Einklang mit den Bestim-  
 mungen des Vertrages durchge-  
 führt werden und die Bozierung  
 von „Kriegsverbrechern“ muß be-  
 ginnen. Eine Ablehnung des ali-  
 ierten Ultimatum hätte Deutsch-  
 land einer Besetzung des Ruhr-  
 lals und sonstigen militärischen  
 und maritimen Maßnahmen aus-  
 gesetzt. Das neue Kabinett gilt  
 allgemein als schwach, jedoch gut  
 genug zur Annahme des Ulti-  
 matum und zur Verhütung eines  
 französischen Vorstoßes in die  
 Ruhr. Nach Zusammenritt des  
 Reichstags kündigte Dr. Brüch die  
 Bildung des neuen Kabinetts mit  
 sich selbst als Kanzler und Minister  
 der auswärtigen Beziehungen an.  
 Die anderen Mitglieder des Mini-  
 steriums sind: Gustav Bauer, (frü-  
 her Kanzler), Wize-Kanzler und  
 Minister des Schatzamts; Brauns  
 (Zentrum), Minister der Wirt-  
 schaftsindustrie; Schiffer (Demo-  
 krat), Justiz-Minister; Robert  
 Schmidt, (Sozialist), Minister für  
 Arbeit; General Groener, (Sozial-  
 Demokrat), Minister für Eisenbah-  
 nen; Giesberts, (Zentrum), Mini-  
 ster für Post und Telegraph; An-  
 dreas Hermes, (Zentrum), Ernäh-  
 rungsminister; Georg Gradener,  
 (Sozialist), Minister des Innern;  
 Gehler, (Demokrat), Wehr-Mini-  
 ster; Silberstein, (Sozialist),  
 Minister für Wiederbau.  
 — Der polnische Kommissär in  
 Oberschlesien, Albert Korfanty,  
 der von der polnischen Regierung  
 abberufen wurde, aber ihn der Ge-  
 horsam verweigerte, erklärte sich  
 am 6. Mai als militärischer und  
 Zivil-Gouverneur Oberschlesiens.  
 Die Polen in Oberschlesien sollen  
 den Alliierten ein Ultimatum ge-  
 stellt haben, in dem sie fordern,  
 daß die Alliierten sich in Oberschle-  
 sien neutral verhielten; daß das  
 von den Alliierten erklärte Kriegs-  
 recht wieder aufgehoben werde;  
 daß die Chefs der Plebiszit-Polizei  
 entlassen würden, und daß alle in  
 deutscher Sprache erscheinenden  
 Zeitungen in Oberschlesien unter-  
 drückt würden. In dem Ultimatum  
 wird mit Bestürzung in Oberschle-  
 sien gedroht, wenn die Truppen  
 der Alliierten die Polen nicht ge-  
 wahren ließen. Italienische Trup-  
 pen versuchten des abends gegen

Natibor vorzugehen, wurden aber  
 von den Polen zurückgetrieben und  
 verloren ihre Geschütze. 2000  
 Deutsche, die von deutschen Offizie-  
 ren in Zivil geführt wurden, jagten  
 am 8. Mai 5000 Polen aus Kreuz-  
 berg in Oberschlesien, wie der Zeit-  
 ung Daily Express aus Dppeln ge-  
 meldet wurde. Die Polen hatten  
 versucht, sich der Stadt zu bemäch-  
 tigen. Gemäß einer vom 11. Mai  
 datierten Depesche aus Warschau  
 führten Verhandlungen zwischen  
 der alliierten Kommission in Ober-  
 schlesien und dem polnischen Rebe-  
 lenleiter Korfanty zu einer Einfie-  
 lung der Feindseligkeiten. Bis zur  
 Regelung der oberschlesischen Frage  
 sollen die Rebellen eine vereinbarte  
 Demarkationslinie besetzen und in  
 diesen Stellungen bleiben. Franzö-  
 sische Truppen hatten am 10. Mai  
 bei Groschowitz mit polnischen In-  
 surgenten ein Artilleriegefecht. Die  
 Polen erwiderten das französische  
 Feuer mit kleinen Feldgeschützen.  
 Eine Anzahl französischer Soldaten  
 wurde leicht verwundet. Die römi-  
 sche Presse, anlässlich der Tötung  
 italienischer Soldaten durch polni-  
 sche Rebellen in Oberschlesien ge-  
 reizt, verlangt, daß Italien unver-  
 züglich die Genugtuung von der pol-  
 nischen Regierung verlangen soll.  
 Von Premier Giolitti wird gefor-  
 dert, daß er sich unter Ignorierung  
 des Vorkriegsrechts und des ober-  
 sten Rats direkt nach Warschau  
 wenden soll. Nachrichten vom 12.  
 Mai zufolge erlitten polnische Re-  
 bellen bei dem Versuch, die ober-  
 schlesische Stadt Koßel deutschen  
 regulären und italienischen Solda-  
 ten zu entreißen, schwere Verluste.  
 Die Polen sollen 500 Mann an To-  
 ten und Verwundeten verloren ha-  
 ben. Der Kampf um Koßel war  
 schwer. Beide Seiten hatten leichte  
 Artillerie, mit der sie viel Schaden  
 anrichteten. Unter Leitung italieni-  
 scher Offiziere rissen die Deutschen  
 durch ihre Treffsicherheit große  
 Lücken in die Infanterieeinheiten.  
 Die Polen hatten weniger Erfolg.  
 Polnische Beamte wünschten  
 zufolge einen Waffenstillstand,  
 welcher die Rebellen im Besitz des  
 eroberten Gebietes beläßt. Aus  
 Oberschlesien zurückkehrende deut-  
 sche Grubenbesitzer erklären, daß  
 die Polen Sprengstoffe in den  
 Bergwerken versteckt haben. Sie  
 drohen, die Fäden in die Luft zu  
 sprengen, wenn die Rebellen zum  
 Abzug gezwungen werden.  
**Mail.** Ein Bild von Deutsch-  
 lands ehemals gewaltiger, jetzt  
 völlig zusammengebrochener mili-  
 tärischer Macht bietet der die Ge-  
 gend weithin beherrschende „Kaben-  
 kopf“ auf dem sogenannten Main-  
 zer Berg. Bei dem Ausbau der  
 der Festung Mainz im Jahre 1914  
 nach dem modernen Festungsbau-  
 spiele der „Kabenkopf“ eine beson-  
 dere Rolle. Es entstand hier ein  
 weit verzweigtes Netz neuer Ver-  
 festigungen mit unterirdischen Ge-  
 wölben, Gängen und Laufgräben,  
 Wellblechhäusern usw., die jetzt alle  
 gesprengt und abgetragen sind.  
 Das ganze Festungsgelände auf  
 dem „Kabenkopf“ bildet jetzt ein  
 weites, weißes Trümmerfeld voller  
 Steine und Zementblöcke, in dem  
 sich allerlei Feldgetier einnistet.  
 Die weite Fläche ist völlig un-  
 brauchbar für den Ackerbau, weil  
 sich das Gestein meterhoch überall  
 aufstürmt, nur die zugeworfenen  
 Laufgräben sind notdürftig urbar  
 gemacht.

**Hamburg.** Im Monat April  
 sind im Hafen von Hamburg im  
 ganzen 609 Schiffe mit 653.297  
 Tonnen angekommen; im Jahre  
 1913 waren es im selben Monat  
 1.201 Schiffe mit 1.200.000 Tonnen.  
 Die in Hamburg, dem Mittelpunkt  
 des deutschen Kaffeegeschäfts, lagern-  
 den Kaffeevorräte beliefen sich am  
 1. Mai auf 79.784 Sack; am 1.  
 April waren es 105.570 Sack ge-  
 wesen.  
**Paris.** Gemäß einer Berliner  
 Depesche an das Journal wird  
 Bayern mit Frankreich über die  
 Frage von Bürgerwehren in jenem  
 deutschen Staat Verhandlungen  
 einleiten. Bayern unternimmt die-  
 sen Schritt mit Zustimmung der  
 Reichsregierung. Wie berichtet  
 wird, werden Bayern Garantien  
 geben, indem es die dortige Ein-  
 wohnerwehr unter Leitung franzö-  
 sischer Behörden stellt.  
**Wien.** Es kommen sehr pes-  
 timistisch gehaltene Meldungen be-  
 züglich der Aussichten des öster-  
 reichischen Ausfuhrhandels. Unge-  
 achtet der Tatsache, daß der Kurs-  
 wert des österreichischen Geldes ein-  
 zu überaus niedriger ist, macht sich  
 die Ueberladung des Warenmarktes  
 der Welt für den österreichischen  
 Ausfuhrhandel bemerkbar. Es häu-  
 fen sich große Vorräte an Papier  
 und Chemikalien auf, und Möbel-  
 fabrikanten, sowie Fabrikanten von  
 landwirtschaftlichen Maschinen fin-  
 den es außerordentlich schwierig,  
 ihre Waren an den Mann zu bringen.  
 Der Schuhmarkt ist überladen, wie  
 es heißt. Die Möbelfabrikanten  
 und Vertreter verwandter Indus-  
 triezweige hielten kürzlich hier  
 eine Versammlung ab, um die  
 gegenwärtige Lage des Ausfuhr-  
 handels mit Bezug auf Möbel zu  
 erörtern. Aus amtlichen Zahlen er-  
 geht, daß der Wert der Möbel-  
 ausfuhr im Jahre 1920 sich auf  
 100.000.000 Kronen belief, und  
 aus diesem Grunde macht der Rück-  
 gang dieses Ausfuhrgeschäfts den  
 Fabrikanten große Sorgen.  
**Genf, Schweiz.** Die Kommi-  
 sion, der die Frage der Staatszu-  
 gehörigkeit der Kanal-Anfeln  
 überwiegen wurde, hat an den  
 Völkerbund berichtet und empfo-  
 hen, daß die Anfeln Finnland ge-  
 lassen würden unter Garantie für  
 die Sicherstellung der schwedischen  
 Bevölkerung. Abram R. Elkus  
 aus New York war ein Mitglied  
 der Kommission.  
**Riga.** Die Regierung der  
 Republik Estland hat, wie in Riga  
 bekannt gegeben wird, um die Er-  
 laubnis ersucht, einen neuen Kon-  
 sularagenten nach den Ver. Staaten  
 zu senden, der mit der Regierung  
 in Washington über die Anerken-  
 nung der Republik unterhandeln  
 soll.  
**Italien.** Zur Grenzregelung  
 zwischen Oesterreich und Italien  
 hat der italienische Delegierte in  
 der letzten Sitzung des internati-  
 onalen Grenzregulierungsausschusses  
 die wichtige Erklärung abgegeben,  
 daß Italien jeden Anspruch auf  
 das über die Wasserscheide hinaus-  
 reichende Gebiet der Tiroler Ge-  
 meinden Schnals, Pfisch und Kain  
 fallen gelassen und sich somit dem  
 Standpunkt des österreichischen  
 Vertreters, der erklärt hatte, unter  
 keinen Umständen einer Abweichung  
 von der Grenzlinie zustimmen zu  
 können, angepaßt habe. In den  
 drei genannten Orten reicht das  
 Gemeindegebiet weit über die

Wasserscheide hinaus. Es werden  
 also namentlich für die Alpenist  
 sehr wichtige Punkte Oesterreich  
 erhalten bleiben.  
**Athen.** Der griechische Feld-  
 zug in der Türkei wurde als das  
 einzige Mittel unternommen, um  
 den möglichen Verlust von Thrazien  
 und Smyrna zu verhindern und  
 zugleich König Konstantin den  
 Nimbus eines großen misärlichen  
 Unternehmens zu verschaffen. Der  
 Beschluß des obersten Rats bei der  
 Londoner Konferenz im Februar,  
 eine Kommission nach Thrazien  
 und Smyrna zur Untersuchung der  
 Zusammenfügung der Völkerstän-  
 ge zu senden, erregte bei den  
 Griechen Enttäuschung und Ver-  
 ächtung. Durch die geplante  
 Aenderung des Vertrags von Sevres  
 sah Griechenland keine Stellung  
 als Mittelmeer-macht vernichtet und  
 seine Freundschaft mit den Allii-  
 erten gefährdet. Die drohenden Gebets-  
 verläufe galten als übermäßiger  
 Preis, der für Konstantins Rück-  
 tritt auf den Thron gezahlt werden  
 sollte. Alle Klassen erkannten die  
 Wirklichkeiten der Lage. Sie sahen  
 daß das Land ohne finanzielle  
 Unterstützung der Großmächte zur  
 Ohnmacht verurteilt werde, die  
 fameliche Anerkennung des großen  
 neutralen Freundes, der Ver-  
 Staaten, wirkte besonders peinlich  
 auf das griechische Volk. Viele  
 Griechen, auch einige einrige Kon-  
 stantin, waren zur Operation ihres  
 Königs gewillt, wenn sie hierdurch  
 die Unterstützung der großen Natio-  
 nen, besonders Englands und  
 der Ver. Staaten, zurückgewinnen  
 konnten. Die demagogische Presse  
 warf den Regierungsoffizieren vor,  
 die öffentliche Meinung mit Absicht  
 irre geführt zu haben. Die royalis-  
 tischen Blätter suchten naturgemäß  
 die Wirkung der Beschlüsse des  
 obersten Rats zu verteuern und  
 schrieben die Aenderung der Hal-  
 tung der Mächte gegen Griechen-  
 land allen denkbaren Gründen zu,  
 außer dem eigentlichen. Die  
 Blätter verschloßen ihre Augen den  
 Existenz der Alliierten über Smyr-  
 na und Thrazien. Griechenland,  
 sagten sie, müsse auf eigene Weise  
 vorgehen, die Kemalisten allein be-  
 kämpfen und nicht bloß bis Angora  
 sondern bis Sivas vordringen.  
 Die Geldfrage wird kaum gestreift.  
 Es wurden Andeutungen gemacht,  
 daß die Ausbringung der nötigen  
 Gelder in Amerika und England  
 nicht schwer fallen werde. In der  
 Zwischenzeit steigen die Lebens-  
 kosten bedeutend und die Handels-  
 aussichten sind schlimm. Die Ein-  
 fuhr übersteigt die Ausfuhr um  
 das Vierfache, die Staatskasse ist  
 leer, die griechische Drachme wird  
 zu 14 auf den Dollar verkauft. Für  
 die Armen und selbst die Leute, die  
 vor dem jetzigen Wirrwarr in  
 günstigen Umständen waren, wird  
 es mühsam, die gewöhnlichen Not-  
 wendigkeiten des Lebens zu befrei-  
 en. Das griechische Volk murte  
 nicht über die Opfer der letzten  
 fünf Jahre, so lange ein größeres  
 Griechenland in Aussicht war.  
 Heute wird aber das Volk über-  
 zeugt, daß es in eine Lage gebracht  
 ist, in welcher das Land zu einer  
 Macht vierten Ranges herabfällt,  
 das wirtschaftliche Leben gelähmt  
 wird und Griechenland die Freundschaft  
 der Nationen der Welt ver-  
 liert.  
**London.** Premierminister Lloyd  
 George hat in einer Rede erklärt,

eine der Ursachen des Streiks der  
 britischen Kohlengräber sei die  
 Einfuhr amerikanischer Kohlen in  
 Europa. Die amerikanische Kohlen-  
 industrie sei jetzt eine ernsthafte  
 Konkurrentin in den Märkten, die  
 früher von Großbritannien befehligt  
 worden seien. Aber die Regierung  
 werde in dem Kampfe mit den frei-  
 tenden Kohlengräbern nicht nachge-  
 ben. Es sei aber notwendig, daß  
 das Volk die Lage ungebroschen  
 Mutes ertrage. Die Transportar-  
 beiter-Union hat übrigens ihre  
 Mitglieder angewiesen, sich zu  
 weigern, amerikanische Kohlen  
 zu händhaben. Die Arbeiter  
 am Clyde streiken jetzt gegen  
 Einfuhr ausländischer Kohle und  
 wenn ihr Beispiel allgemeine  
 Nachahmung findet, wird England  
 ohne Kohle sein. Ferner haben  
 30.000 Schiffebestenards mit Streik  
 gedroht, weil sie eine Lohnerab-  
 setzung nicht annehmen wollen.  
 In den fünf Wochen des Streiks  
 der Kohlengräber hat England  
 nach einer Schätzung Kohlen im  
 Werte von \$100.000.000 verloren.  
 Die Kohlengräber haben \$80.000.  
 000 an Löhnen eingebüßt. Die  
 Zahl der Streiker und der gänzlich  
 oder zum Teil Beschäftigungslosen  
 ist 5.000.000, und, wenn die fami-  
 lienangehörigen eingerechnet wer-  
 den, haben 15.000.000 Personen zu  
 leiden.  
 — Der Kronprinz Hirohito von  
 Japan befindet sich jetzt auf seiner  
 Weltreise in England. Er traf  
 auf dem japanischen Schiffe  
 Katori in Portsmouth ein  
 und wird fünf Tage der Gast des  
 Königs George sein.  
**Irland.** John Dillon, der  
 ehemalige Führer der Nationalisten,  
 schlugen Senator ein und plün-  
 derten die Kassen aus. Nach drei Stunden  
 wurden sie von anderen Soldaten  
 in die Kaserne getrieben.

zu lassen. Den Sinn zeigen sind  
 jetzt 123 aus 128 Eizen im hiesigen,  
 und 21 aus 52 im nördlichen (Ulster)  
 Parlamente sicher. Man glaubt  
 hier nicht, daß die Unterdrückung,  
 die kürzlich zwischen Camonn de  
 Valera und Sir James Craig,  
 dem Führer der Ulsterleute, stattge-  
 funden haben, zu etwas führen  
 werden. Am Wochenende wurden  
 wieder viele Angriffe auf die Poli-  
 zier in Irland verübt. Ein Konstabler  
 wurde erschossen und ein Sergeant  
 verwundet, als sie in Castle Island  
 (Co. Wick) aus der Kirche kamen. In  
 Inch, Strafford Westford, geriet  
 die Polizei in einen Hinterhalt.  
 Ein Konstabler wurde erschossen,  
 und ein Sergeant verwundet. Ein  
 Konstabler und ein Geheimpolizist  
 wurden am 6. Uhr in der  
 Stadt Co. Wick erschossen. Militär  
 reuerte in die Festung in  
 Dublin, nachdem drei Bomben  
 noch Soldaten geworfen wurden.  
 In der Panik, die entstand, wurde  
 eine Anzahl Frauen und Kinder  
 verletzt. Soldaten und Polizisten  
 wurden in Whiteborough ange-  
 griffen und ein Soldat wurde  
 verwundet. Einer der Angreifer  
 wurde getötet und neun wurden ge-  
 fangen. Zwei Polizisten, die in  
 Greencore zu Werke gingen, wurden  
 beschossen, und einer wurde ver-  
 wundet. Als in Belfast Polizisten  
 in der Nähe einer katholischen  
 Kirche Rindern, die Gelder für die  
 irische republikanische Armee sam-  
 melten, dies unterlagerten, kamen  
 Erwachsene dazu und warnten Sie  
 nach den Polizisten. Diese feuerten  
 ihre Revolver ab und verwundeten  
 einen Mann. In Younghal unter-  
 nahmen Soldaten einen Nachzug,  
 schlugen Fenster ein und plün-  
 derten die Kassen aus. Nach drei Stunden  
 wurden sie von anderen Soldaten  
 in die Kaserne getrieben.

## Provinzial-Wahlen am 9. Juni

Die vierte Legislatur der Provinz Saskatchewan wurde am  
 16. Mai auf Befehl des Lieutenant-Gouverneurs aufgelöst und so-  
 gleich wurden die nötigen Schritte für eine Neuwahl getan.  
 Donnerstag, der 2. Juni, wurde als Nominierungstag festgesetzt,  
 und Donnerstag, der 9. Juni, als Wahltag.  
 In seinem Manifesto verspricht Premier Martin, falls seine Regie-  
 rung wiedergewählt wird, Folgendes:  
 Mitwirkung an der Ausarbeitung eines Planes, wie Getreide am  
 vorteilhaftesten für die Provinz auf dem Weltmarkt verkauft wer-  
 den kann; Kampf gegen die hohen Frachtabgaben; Errichtung  
 von Demonstrationen-Farmen in Verbindung mit dem Landwirt-  
 schaftskollegium; weitere Fürsorge für die Schwandbüchsen in der  
 Provinz; Durchführung des Prohibitionsgesetzes; Zurückziehung  
 der Arbeiter in allen Fragen, die auf sie Bezug haben; Fortführung  
 und Ausbau des Schulwesens in den eingeschlagenen Gelehen;  
 Unterstützung der Herstellung von Hauptstraßen; Ausbreitung des  
 Telephonnetzes (Saskatchewan ist den Provinzen hierin voran);  
 Unterstützung der Farmer im Ankauf von Vieh, Schutz für  
 genossenschaftliche Vereinigungen etc.  
 Wir möchten die lieben Leser des St. Peters Bote recht innig bitten,  
 wie ein Mann zusammenzutreten und für den würdigsten Kandidaten  
 mit aller Kraft und Entschiedenheit einzutreten. Es wäre eine ernste  
 Schande für den Distrikt Humboldt, wenn hier ein Kandidat aufgestellt  
 würde, dessen wir uns schämen müßten. Auch die Frauen und Mäd-  
 chen, die Bürgerrechte in der Provinz haben, sollen ihr Möglichstes tun,  
 damit nicht ein Unwürdiger den Ehrenposten eines Abgeordneten erhal-  
 te.  
 Im Wahlkreise Humboldt bewerben sich vier Kandidaten um die  
 Nominierung. Von diesen vier sind zwei, denen wir getrost unser  
 volles Vertrauen schenken können. Der eine ist Herr Haufer, der  
 andere Herr Theres. Beide sind Ehrenmänner, beide kennen die  
 Bedürfnisse des Wahlkreises und sind unbestechliche Charaktere. Herr  
 Haufer war früher selbst Farmer und hat sich stets als Freund und Rat-  
 geber der Farmer erwiesen; Herr Theres ist aktiver Farmer, und zwar  
 ein sehr erfolgreicher Großfarmer.  
 Auf der Convention in Humboldt am Montag den 30. Mai  
 kann natürlich nur einer der vier Kandidaten die Nominierung erhalten.  
 Es helfe daher ein jeder mit, daß der richtige Kandidat nominiert wird.